

---

# GROSSER RAT AARGAU

---

Interpellation René Kunz, Reinach, vom 9. Juni 2009 betreffend Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen im Kanton Aargau

---

## **Text und Begründung:**

In den kommenden Monaten geht es um den Entscheid betreffend Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in die Schweiz. Der Bundesrat liess sich schon etliche Akten aus den USA zustellen und bekundet damit die Absicht – von den heute rund 240 Häftlingen eine Anzahl zu übernehmen, d.h. diesen permanenten Aufenthalt in der Schweiz zu gewähren, da der US-Präsident Barack Obama das Gefangenenlager Guantánamo auf Cuba schliessen will. Bekanntlich könnten über 50 Insassen von Guantánamo nicht mehr in ihr angestammtes Heimatland zurückkehren, da diese dort „verfolgt“ würden. In den USA wird der Begriff „Selbstverantwortung“ seit jeher gross geschrieben. Die Verantwortung gegenüber diesen Kriegsgefangenen liegt somit einzig und alleine bei den USA.

Die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz wäre aus staats- und sicherheitspolitischen Gründen höchst problematisch und würde die innere Sicherheit empfindlich gefährden. Mit der Asylgewährung muss mit einem „Import“ des Terrors gerechnet werden. Tatsache ist auch, dass sich gemäss einem Bericht der US-Regierung fünf Prozent der früheren Guantánamo-Insassen wieder dem Terrorismus zugewandt haben. Gegen weitere 50 Ex-Gefangenen bestehe Verdacht, dass sie wieder „terroristische Aktivitäten“ verfolgten. Das US-Verteidigungsministerium beruft sich dabei auf Analysen der Geheimdienstagentur (DIA). Die Ex-Insassen stammen demnach unter anderem aus Afghanistan, Marokko, Pakistan und der Türkei (laut SDA Ende Mai 2009).

Es ist auch kaum anzunehmen, dass sich diese Personen in unsere rechtliche, politische und gesellschaftliche Ordnung einfügen und die Grundwerte unserer Gesellschaft anerkennen. Wie es scheint, versucht der Bundesrat möglichst rasch eine Anzahl von Guantánamo-Insassen auszuwählen. Offensichtlich möchte der Bundesrat die weniger gefährlichen „Kandidaten“ aufnehmen. Deshalb der Aktivismus in dieser Sache.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Haltung nimmt der Regierungsrat zur Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz ein?
2. Wurde Bundesbern in dieser Angelegenheit im Kanton Aargau schon vorstellig?
3. Beabsichtigt der Regierungsrat Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen?
4. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass bei einer Asylgewährung für Guantánamo-Häftlinge die innere Sicherheit der Schweiz tangiert wird?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass diese Häftlinge in Bezug auf deren Weltanschauung, Erziehung und Ausbildung kaum integrierbar sind?
7. Wenn nein, warum nicht?
8. Kann der Regierungsrat die Meinung teilen, dass bei einer Aufnahme der Guantánamo-Insassen ein mit grosser Wahrscheinlichkeit später folgender Familiennachzug die Angelegenheit noch unlösbarer machen würde?